

Stadt Braunschweig

Stellungnahme der Verwaltung

		<i>Fachbereich/Referat</i>	<i>Nummer</i>
		0200	7993/10
zur Anfrage Nr. 1294/10 d. Frau/Herrn/Fraktion DIE LINKE. vom 08.09.2010		Datum 10.09.2010	
		Genehmigung	
Überschrift Sachstand PPP		Dezernenten	
Verteiler	Sitzungstermin		
Rat	21.09.2010 14:00		

Frage 1:

Liegen konkrete Angebote der fünf Bieter der Verwaltung mittlerweile vor, die Grundlage für eine Beschlussvorlage sein sollen, welche den Ratsmitgliedern am 1. Oktober zugehen soll?

In das Vergabeverfahren für ein PPP-Projekt zur Sanierung und zum Betrieb von Schulen und Kindertagesstätten wurden insgesamt neun Schulen, zwei Schulsporthallen, drei Kindertagesstätten und ein Ergänzungsbau Ricarda-Huch/Neue Oberschule als Neubau aufgenommen. Das gesamte Investitionsvolumen für Sanierung und Neubau liegt bei 69,6 Mio. €.

Bereits zur Vorbereitung der Ausschreibungsunterlagen für die Bieter wurden die erforderlichen Datenerhebungen und Bauplanungen mit großer Sorgfalt vorgenommen und mit allen Beteiligten (zuständige Referate und Fachbereiche der Stadtverwaltung, Berater) im Detail abgestimmt. Parallel zu dem Versand der Ausschreibungsunterlagen an die Bieter wurden den Fraktionen und den Schulleitungen die Leistungsbeschreibung Bau und Betrieb mit den dazugehörigen Anlagen zur Verfügung gestellt. Diese Unterlagen wurden schulspezifisch aufbereitet. Insbesondere wurden noch vor Versand der Unterlagen bis dahin nicht geplante Sanierungsmaßnahmen ergänzt. Dabei ging es um

- Die Sanierung von NTW-Räumen, insbesondere infolge sicherheitsrelevanter Mängel,
- umfangreichere Maßnahmenansätze für Innenausbauten,
- Kosten für den Ersatz überalterter Lüftungssysteme,
- Berücksichtigung der Sanierungskosten für mittelfristig verpflichtend durchzuführende Kanalinspektionen der nicht-öffentlichen Kanäle,
- Erkenntnisse aus zwischenzeitlich erstellten Gutachten für gesetzlich erforderliche Brandschutzmaßnahmen,
- Kosten der Interimskonzepte für Schulen und Kindertagesstätten während der Bauphase und
- Berücksichtigung zusätzlicher Nutzungsanforderungen.

Aus den versandten Verdingungsunterlagen leiteten die beteiligten Bieter eine erhebliche Anzahl von Fragen ab. Die Beantwortung dieser Bieteranfragen erfolgte jeweils in enger Abstimmung mit den städtischen Fachbereichen und musste wegen des anzuwendenden Vergaberechts jeweils auch den anderen Bietern zur Verfügung gestellt werden. Aufgrund der hohen Anzahl der Fragen zu den Verdingungsunterlagen und Differenzen zwischen ersten indikativen Angeboten mussten im August/September diesen Jahres noch weitere Aufklärungsgespräche mit den Bietern organisiert und durchgeführt werden. Eine konkrete Beschlussvorlage lässt sich aus dem derzeitigen Verfahrensstand noch nicht ableiten. Ob sich aus dem bisherigen Verfahrenslauf insgesamt eine notwendige Verschiebung der bisherigen Terminkette ergibt, ist derzeit noch offen. Sollte sich im September weiteres ergeben, wird die Verwaltung entsprechend informieren.

Frage 2:

Wie hoch sind die Gesamtkosten dieses Vorhabens bisher incl. Gutachterkosten und Verwaltungsaufwand?

Zum Beraterhonorar war dem Verwaltungsausschuss in der Sitzung am 4. Mai 2010 ausführlich und umfänglich berichtet worden. Derzeit sind wir mitten im Vergabeverfahren. Der Verwaltungsaufwand lässt sich ohnehin nicht in Zahlen exakt erfassen.

Frage 3:

Könnten die Äußerungen des niedersächsischen Finanzministers Hinweis auf eine mögliche Ablehnung eines Ratsbeschlusses pro PPP durch die Landesregierung sein?

Wir wissen nicht, ob der von Ihnen herangezogene Zeitungsartikel überhaupt autorisiert wurde. Im Übrigen bezieht sich der Artikel auf Projekte des Landes.

I. V.

gez.

Lehmann

II. **Antwort auf Nachfrage zu 2.)** „Wie genau sind die Kosten jetzt?“:

Es hat keinen Sinn und ist verwirrend wenn immer Zwischenberichte abgegeben werden, denn die Stichtage sind nicht immer aussagekräftig. Es ist ja mehr oder weniger Zufall, ob gerade eine Abschlagsrechnung oder Zwischenrechnung ausbezahlt wurde oder nicht. |